

**Arbeitskreis Politische Bildung
beim Bezirksvorstand Marzahn-Hellersdorf**

Beiträge zur PROGRAMMDEBATTE der Partei DIE LINKE

Monat Juni 2010

Der Arbeitskreis Politische Bildung beim Bezirksvorstand unterbreitet den Mitgliedern des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf ein Angebot zur Beförderung der Programmdebatte der Partei DIE LINKE. Monatlich wird ein Faltblatt als Beigabe zu „Marzahn-Hellersdorf links“ für die Mitglieder des Bezirksverbandes angeboten, das zur Diskussion an der Basis anregen soll.

**Hierzu wird es
am Mittwoch, dem 23.6.2010, um 19 Uhr
in den Räumen des Bürgerzentrums Marzahn-NordWest
(Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin,
auch eine Diskussionsveranstaltung mit Petra Pau geben;
Thema „Demokratie und Bürgerrechte“.**

DIE LINKE als Bürgerrechtspartei

Von Petra Pau

Die französische Revolution 1871, die amerikanischen Befreiungskriege, die europäischen März-Revolutionen 1848, sie alle galten Bürgerrechten. Also Rechten, die allen Bürgern eines Staates – unabhängig von ihrem jeweiligen Status – zustehen, kurzum jedem.

Später durften auch Frauen „Bürger“ sein. Clara Zetkin hatte dafür gekämpft. Und Rosa Luxemburg warb – selbst kontrovers zu Lenin – für Bür-

gerrechte als linkes Credo. Sie fragte nicht, was höherwertig sei: soziale oder Freiheitsrechte? Sie vertrat beide gleichwertig.

Ich plädiere seit Jahren dafür: DIE LINKE muss immer eine Partei der sozialen Gerechtigkeit sein. DIE LINKE muss immer eine Friedens-Partei sein. Eine LINKE im 21. Jahrhundert muss aber immer auch eine moderne sozialistische Bürgerrechts-Partei sein.

Das ist nicht unumstritten. In einem Vorentwurf für ein neues Programm der Partei stand: „DIE LINKE versteht sich als Bürgerrechtspartei.“ Im „offiziellen“ Programm-Entwurf fehlt dieser Anspruch. Warum? Darüber kann herzhaft spekuliert werden.

Was gemeinhin unter Bürgerrechten verstanden wird, kann man nachlesen. Zum Beispiel in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1946. Oder in den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie gelten rechtlich als unangreifbar.

Wer Herrin im Hause ist

Aber sie werden politisch angegriffen. Und sie werden ausgehöhlt. Einer vermeintlichen Sache wegen. Das Asyl-Recht ebenso wie das Versammlungs-Recht. Die Presse-Freiheit ebenso wie die Berufs-Freiheit. Das Post-Geheimnis ebenso wie der Daten-Schutz.

Sage bitte niemand: „Typisch Kapitalismus!“ Dasselbe war im „real-existierenden Sozialismus“ Usus. Auf dem Weg „vom Ich zum Wir“ gingen zu viele „Ichs“ verloren. Der Staat wurde maßlos und substanzielle Bürgerrechte kamen unter die Räder.

Bürgerrechte sind keine Anti-Staatsrechte. Sie stellen allerdings klar, wer Herr oder Herrin im Hause ist, wer das Sagen in einer Demokratie hat, wer der eigentliche Souverän ist, nämlich die Bürgerinnen und Bürger. Von dieser Idee entfernen wir uns zunehmend.

Schon das wäre Grund genug für DIE LINKE zu sagen: „Alle selbsternannten Bürgerrechtsparteien haben versagt. Wir übernehmen! Denn wir haben gelernt, dass man soziale und Freiheitsrechte weder hierarchisieren noch gegeneinander aufrechnen darf.“

„Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung.“ Dieses Zitat steht im Programm-Entwurf der LINKEN. Und es trifft. Es ist auch ein linkes Plädoyer für den Kampf um Bürgerrechte.

Soziale Grundrechte und Bürgerrechte sind zwei Seiten derselben Medaille - des Menschseins. Sie bedingen einander. Deshalb sollte man auch das Grundgesetz nicht einseitig lesen. Es definiert die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat und als demokratischen Rechtsstaat.

Arm und entrechtet

Dieses Wort zum Grundgesetz klingt wohl, der Alltag ist irdischer. Beispiel „Hartz IV“. Wer arbeitslos ist und solidarischer Hilfe bedarf, muss 150 bis 180 persönliche Daten über sich und sein Umfeld preisgeben. Wer arm dran ist, verliert auch noch seine Bürgerechte.

Die vermeintliche Solidarität des Staates erweist sich so zugleich als Raub an Bürgerrechten. Das kann nicht links sein. Meine ich. Innerparteilich gibt es gegenteilige Positionen. Ein Grund mehr, über Programm-Entwürfe für DIE LINKE grundsätzlicher zu streiten.

Zum Beispiel über das Thema Grundsicherung: „für eine sanktionsfreie arbeitsunfähige Grundsicherung“, heißt es im Programm-Entwurf. Eine typische Kompromiss-Formel, die verschleiert, was gemeint ist – eine „bedarfsrechte“ oder eine „bedingungslose“ Grundsicherung.

Die Differenz ist fundamental. Sie betrifft das Menschen-Bild der LINKEN und ihr Staats-Verständnis gleichermaßen. Und sie berührt die Fragen, ob, wie, wann und wodurch die Menschheit wirklich vom „Reich der (Fron)-Arbeit“ ins „Reich der Freiheit“ wechseln kann.

Demokratie braucht Datenschutz

Apropos Datenschutz: Er ist Persönlichkeitsschutz, also ein Bürgerrecht im besten Sinne. Und er steht im Kreuzfeuer zwischen Begehrlichkeiten, technischer Revolution und wachsender Naivität. Und so fiebert die ohne-

hin fragile Demokratie. Ein Fall für LINKE!

Ohne Datenschutz kann es keine Demokratie geben. Jedwede Demokratie lebt von souveränen Bürgerinnen und Bürgern. Wer aber nicht mehr weiß, was andere über ihn wissen, kann kein Souverän sein. Das meint ein weit-sichtiges Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Kurzum: „Greenpeace“ ist eine Bewegung gegen Umweltzerstörung. „Attac“ versteht sich als Gegenmacht zur kapitalistischen Globalisierung. „Die Piraten“ kämpfen um Bürger- und Freiheitsrechte im Internet-Zeitalter. Eine gefragte LINKE muss das alles in einem sein.

Das ist kein Plädoyer dafür, alles Gute und Schöne zu mixen, für jede und jeden. Ein linkes Programm muss erkennbar sein. Und es braucht „archi-medische Punkte“, um Überholtes auszuhebeln. Welche Rolle dabei der Staat spielt? Auch das gehört zu den offenen Fragen.

ELENA kontra Freiheit

Gleichwohl: Keine Herrschaft hat Bürgerrechte je gewährt. Sie mussten immer erkämpft werden – gegen feudale Mächte, gegen kapitale Mächte, gegen imperiale Mächte, gegen globale Mächte, gegen klerikale oder ideo-logische Mächte ... Es waren immer Kämpfe.

Seit 1997 erscheint alljährlich ein „Grundrechte-Report“ (Fischer Taschen-buch Verlag). Die Herausgeber verstehen ihn als „alternativen Verfassungs-schutz-Bericht“. Er dokumentiert, wie der Staat Bürgerrechte missachtet und einschränkt, die Wirtschaft ebenso.

Die aktuelle Ausgabe wurde am 20. Mai 2010 vorgestellt. Dabei mahnte Ex-Innenminister Gerhard Baum (FDP): „Die Freiheit verschenkt sich nicht!“ Und er fügte hinzu: „ELENA ist ein weiterer Schritt hin zum Überwachungs-staat.“ „ELENA“? Sprechen wir auch darüber ...